

Geisenheimer Zeitung

General-Anzeiger für den Rheingau.

Anzeigebblatt der Stadt Geisenheim.

Preisprophet Nr. 123

Preisprophet Nr. 123.

Ersteinst
wöchentlich dreimal, Dienstag, Donnerstag und Samstag.
Bezugspreis: 1. 80 4. vierteljährlich frei ins Haus
oder durch die Post; in der Expedition
abgeholt vierteljährlich 1. 80 4.



Insertionspreis
der 6-spaltigen Zeile oder deren Raum für Geisenheim 10 4;
außerhalbiger Preis 15 4. — Anzeigenpreis 30 4.
Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt nach Tarif.
Nr. 2789a der Reichspost-Zeitungsliste.

Nr. 50

Für die Schriftleitung verantwortlich:
Arthur Jander in Geisenheim a. Rh.

Samstag den 27. April 1918.

Druck und Verlag von Arthur Jander
in Geisenheim a. Rh.

18. Jahrg

Die Steuerdebatte in Reichstage.

Glatte Annahme darf erwartet werden.

Die 1. Lesung der neuen Steuervorlagen — 11 an der Zahl — im Reichstage hat das Bild, das man sich von den Aussichten dieser Drei-Milliardenvorlagen bereits machte, nicht wesentlich verändert: Gegen die Annahme haben eigentlich nur die Sozialdemokraten gesprochen. Das ganze Haus, auch mit Einfluß der Sozialdemokraten, erkannte an, daß Geld beschafft werden muß, viel Geld, und daß daher energisch zugegriffen werden muß. Natürlich bestehen auch bei den übrigen Parteien in bezug auf die glückliche Hand bei der Auswahl dieser Steuern Meinungsverschiedenheiten! Große sogar! Die „Material“-Schubfächer der alten Steuerkämpfe sind doch in der Fraktionssekretariats noch in bester Ordnung, um diese Waffen werden doch heute noch benutzt, die Reden danach eingeteilt.

Das Haus verlangt förmlich verbes Zugreifen.

Der Staatssekretär mußte die Regierung wiederum gegen den Bortourf verteidigen, mit entscheidenden Kriegsteuern zu lange gewartet zu haben. Ihn selber trifft in diesem Punkte ja kein Schuld, er hatte schließlich neue Steuern vorgeschlagen und durchgeführt, als er kam. Aber auch er war noch der Hoffnung, daß man neben einer großzügigen Anleihepolitik keine „heroische Steuerpolitik“ betreiben könne; auf deutsch: „Wer schwere Steuern zahlen muß, gibt kein Geld für Anleihen her!“ Diese geringe Einschätzung unserer Geldgeber wird nicht im ganzen Lande geteilt. Gewiß treibt der hohe Zinssatz von 5 Proz. viele zur Anlage ihrer Gelder in Kriegsanleihe, zumal der Bankzinssatz ja doch sehr niedrig gehalten wird. Aber die große Masse der Zahler gäbe ihr Geld doch genau so gut für Kriegsanleihe her, wenn es nur 4 Proz. Zinsen gäbe. Dafür kennt unser gutes deutsches Volk doch die Wichtigkeit des Geldes für die Kriegsführung zu gut. Die Auffassung, es hätte mit hohen Steuern leichter härter zugegriffen werden müssen, hat sich jedenfalls nicht ausbilden lassen. Wir werden ja gewiß nachholen, was noch zu fassen ist, aber jene netten Gelder, die von den Kriegsgewinnlern bei Abendessen zu 430 Mark pro Person und 70 Mark Trinkgeld — wie neulich in dem Prozesse Paulig bekannt wurde — vertan wurden, die werden nicht mehr zu fassen sein.

Direkt — indirekt — „gute Mischung“.

In einem Punkte scheint eine gewisse Klärung durch die bisherigen Verhandlungen eingetreten zu sein. Der Reichsfinanzminister zeigte, daß etwa 9 Milliarden aus direkten und nur 4 Milliarden aus indirekten Steuern in Reich, Staat und Gemeinden herausgeholt werden. Damit trat er dem Bortourf entgegen, es werde alles auf die indirekten Steuern abgewälzt. Und sein Hinweis auf die Notwendigkeit, die indirekten Steuern mehr als bisher auf Luxus zu legen, beschwichtigte wiederum manchen Widersacher, zumal er ja bei diesen Vorlagen durch die Luxussteuer, die Schaumwein- und die Weinsteuer und andere den Hinweis für seinen festen Willen in dieser Hinsicht zeigte hat.

Diese neuen Steuergebiete „abschließend geregelt“.

Diese Branntwein- und Wein- und Zugs- und Bier- und Steuer soll also alles sein, was auf die in dem Gebiete herausgeholt werden soll. Es hat sich namhafte Stimme fragend erhoben, die Auskunft z. B. über Tabak haben wollten; und über manche andere Steuergebiete. In dieser Hinsicht hat Graf Koeborn nunmehr Klarheit geschaffen. Das heute noch aussteht, kommt das nächste Mal an die Reihe. Daß diese Gebiete, alle ohne Ausnahme, der Reihe nach, sehr verbe gefast werden, ist sicher; in welcher Form, steht noch dahin. Für die wirtschaftlich mit den jetzt betroffenen Steuergebieten zusammenhängenden Kreise bringt dieses nur einmalige Zugreifen auf jedem Einzelgebiete eine dankenswerte Klärung und Sicherung für wirtschaftliche Dispositionen.

Von der Steuerflucht war fast nicht die Rede.

Die letzte Vorlage, vielleicht die wichtigste, hat wenig Interesse bei den bisherigen Beratungen gefunden. Eine der Hauptgründe gegen die Erhöhung der direkten Steuern bedeutet ja die Gefahr der Abwanderung. Wir sehen es ja in unserem kommunalen Leben im Kleinen. Wenn eine Gemeinde hohe Kommunalsteuern hat, dann flieht der große Steuerzahler zu solchen Gemeinden hinüber, wo die Steuern niedriger sind. So haben die Gemeinden mit sehr reicher Bevölkerung, wie Wiesbaden, Raumburg, Grunewald bei Berlin, Godesberg, sehr niedrige Kommunalsteuern, während Arbeiterorte, wie z. B. Gelsenkirchen, Banne, Königshütte, unter erdrückend hohen Steuern seufzen. Die Flucht ins Ausland ist natürlich schwerer, aber durch die Kriegsgewinnwirtschaft sind doch sehr viele „Rentner“ gezüchtet worden, denen es wirklich gleich ist, ob sie ihr Vermögen in Deutschland oder in der Schweiz verzehren, und die auch so reich gewor-

den sind, daß sie bei der Steuerflucht möglicherweise ein Vermögen ersparen. Diese „Flucht“ ist übrigens nach allen Kriegen beobachtet worden. Viele der reichen Familien Englands stammen aus Deutschland, wo sie in Kriegen die Grundlage ihrer Vermögen gelegt haben. Die Bestimmungen des Gesetzes behandeln eine ganz neue Materie; noch niemals ist ein solcher Schutzwall geschaffen worden, und man weiß daher nicht, ob er hoch genug ist und ob er überall „dicht hält“. Die verwickelte Börsentechnik gibt da ja weitreichenden Möglichkeiten Raum. Dieser Teil der Vorlage bedarf sicher gründlicher Durcharbeitung in der Kommission.

W. A.

Deutscher Tagesbericht.

W.-T.-B. Großes Hauptquartier 26. April (Amtlich)
Westlicher Kriegsschauplatz.

Der Angriff der Armee des Generals Siff von Armin gegen den Kemmel führte zu vollem Erfolg. Der Kemmel, die weit in die flandrische Ebene überblickende Höhe, ist in unserem Besitz.

Nach starker artilleristischer Feuerwirkung brach die Infanterie des Generals Sieger und von Eberhard gestern morgen zum Sturm vor. Französische Divisionen im Rahmen englischer Truppen, mit der Verteidigung des Kemmel betraut, und die bei Wytschaete und Dranoutre anschließenden Engländer wurden aus ihren Stellungen geworfen. Die großen Sprengtrichter von St. Eloi und der Ort selbst wurden genommen. Die zahlreichen in dem Kampfgebiet gelegenen Betonhäuser und ausgebauten Gehöfte wurden erobert. Russische und bayerische Truppen erstickten Dorf und Berg Kemmel. Unter dem Schutze der trotz schwierigen Geländes heran bleibenden Artillerie stieß die Infanterie an vielen Stellen bis zum Kemmelbach vor. Wir nahmen Dranoutre und die Höhen nordwestlich von Meugelhoeke. Schlachtgeschwader griffen die mit Fahrzeugen und Kolonnen stark belebten rückwärtigen Straßen des Feindes mit großem Erfolg an. Als Beute des gestrigen Kampftages sind bisher mehr als 6500 Gefangene, in der Mehrzahl Franzosen, unter den Gefangenen ein englischer und ein französischer Regimentskommandeur gemeldet.

Südlich von der Somme konnte Villers Bretonneux in das wir eingebrungen waren, vor feindlichen Gegenangriffen nicht gehalten werden. Weitere Gegenangriffe scheiterten hart östlich vom Dorfe und an dem dem Feinde entziffenen Walde und Berg Hangard. Die Gefangenenzahl aus diesem Kampfabschnitt hat sich auf 2500 erhöht.

Zwischen Avre und Oise außer zeitweilig auflebendem Feuer nichts von Bedeutung.

Auf dem Westufer der Mosel erstickten sächsische Kompanien französische Gräben und drangen in Regniwille ein. Nach Erfüllung ihrer Aufgaben lehrten sie mit Gefangenen in ihre Linien zurück.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der erste-Generalquartiermeister: Ludendorff.

Vom U-Boottkrieg.

(Amtlich.) Berlin, 25. April 1918.

An der Westküste Englands wurden von unseren U-Booten wiederum 17 000 Bruttoregistertonnen vernichtet. Unter den versenkten Schiffen ein tiefbeladener 5000 Br.-Reg.-Dampfer und ein ebenfalls tiefbeladener Tankdampfer von 4000 Br.-Reg.-To.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Wie man jetzt in England über den U-Boottkrieg und die durch ihn behinderte Unterstufung seitens der Vereinigten Staaten urteilt, zeigen folgende wörtlichen Uebersetzungen: Geddes sagte am 5. März im Parlament: „Unsere amerikanischen Bundesgenossen machen alle Anstrengungen, um die Herstellung von Schiffen zu steigern, doch trotz der schillernden Berichte von Pressevertretern in den Vereinigten Staaten und trotz der zweifellos großen Bemühungen jenes Landes kann es keinem Zweifel unterliegen und wird in amtlichen Kreisen in Amerika auch nicht in Abrede gestellt, daß beträchtliche Zeit vergehen muß, bevor die gewünschte Leistung erzielt wird.“ Bei derselben Gelegenheit sagte der Abgeordnete Franco von der Arbeiterpartei: „Das Haus hätte gern erfahren, ob die Regierung den Schiffbau als die Grundlage des Erfolges oder des Misserfolges im Kriege ansieht. Manche Leute glauben, daß der amerikanische Schiffbau die Frage lösen wird. Ich selbst aber glaube, daß die Hilfe Amerikas durch seine eigenen Bedürfnisse aufgezogen wird.“ Schließlich schreibt in der „Times“ vom 27. März Jan Hay, nachdem er dargelegt hat, wie die künstliche Kriegsbeobachtung in Amerika zu einem

sehr plötzlichen Ende gekommen sei: „So braucht Amerika Zeit, wie wir alle. Heute ist seine Weisheit zur Sache des Verbandes in Wirklichkeit geringer, als sie vor einem Jahre war. Der Grund dafür ist einfach. Vor einem Jahre lebte Amerika in Frieden, und seine überschüssigen Kraftquellen fanden seinen Freunden zur Verfügung. Heute ist es im Kriege und hat seine überschüssigen Kraftquellen mehr.“

Der Krieg zur See.

Die Flotten werden aktiv.

Ein kleines Scharmügel zur See scheint darauf hinzudeuten. Nordlich von Holland wars, bei der Insel Texschelling. Dort stieß eine unserer Patrouillen auf leichte feindliche Seestreitkräfte, die sich nach kurzem Feuergefecht in höchster Fahrt zurückzogen. Und weiter sagt unser amtlicher Bericht: „Der Feind hat mehrere Treffer erhalten.“ Die Engländer freilich stellens wieder anders dar. Danach erhielten die Engländer mit den unseren Fählung, „die sich hinter die Minenfelder zurückzogen. Auf äußerster Entfernung wurden einige Schiffe gewechselt, und es wurde beobachtet, daß ein feindlicher Zerstörer getroffen wurde. Alle unsere Fahrzeuge sind zurückgekehrt. Wir hatten keine Verluste.“

Nach unserem Bericht hatten wir keine Beschädigungen und Verluste.

Der englische Vorkampf gegen Ostende.

und Jeebrügge hatte den ausgesprochenen Zweck, die Zufahrtsstraßen in dem seichten Bortwasser durch verankerte alte Schiffe zu versperren, daneben aber wenn möglich zu landen und die militärischen Anlagen zu zerstören. Die englische Regierung stellt es so hin, als sei dieses Ziel erreicht worden, besonders die Abschließung der Oafen. Gegenüber diesem Schwindel, mit dem die tiefgesunkene Kriegszurückführung der Engländer noch einmal hochgetrieben werden soll wird in unserer Presse ausdrücklich festgestellt, daß die Seekriegsführung von der flandrischen Küste aus durch die englische Unternehmung in keiner Weise gefährdet ist.

Der englische Schwindel wirkt.

Ueber die jüngsten englischen Angriffe auf Jeebrügge und Ostende meldet Reuter verschiedene Berichte. Die englische Presse scheint nach diesen Berichten in einen übermäßigen, fast hysterischen Jubel ausgebrochen zu sein. Nur ganz nebenbei machen einzelne Blätter schüchtern auf die großen Verluste aufmerksam, die das Unternehmen gefordert hat.

Die englische Darstellung.

Die Engländer sprechen von einem „ziemlichen Erfolge“ und wollen jetzt auf einmal nur noch die Absicht gehabt haben, die Seefahrtsstraßen, die dort zwischen Sandbänken laufen, zu versperren, indem sie eigene, englische, Schiffe versenkten:

Die englische Admiralität teilt mit: Dienstag früh wurde von der See aus ein überraschender Angriff unternommen gegen Ostende und Jeebrügge, welche von den Feinden als Stützpunkte für Torpedojäger und U-Boote gebraucht werden. Unsere Seestreitkräfte sind auf dem Rückwege, und aus den wenigen Berichten, welche bisher einkamen, geht hervor, daß die Operationen einen ziemlich großen Erfolg hatten (reasonable measure of success). Mit Ausnahme der Geleitschiffe bestand die verwendete Streitmacht aus Hilfschiffen und sechs veralteten Kreuzern. Fünf von diesen waren mit Beton gefüllt und wurden als Blockierungsschiffe benutzt. Nachdem man sie auf Grund gesetzt hatte, wurden sie beschlagnahmt von der Besatzung verlassen und gesprengt. Eine nähere Mitteilung wird erfolgen, wenn die Berichte von den jetzt nach ihrer Basis zurückkehrenden Schiffen erstattet sein werden. Bisher sind keine Meldungen von Unfällen eingelaufen.“

Ein amerikanischer Kriegstransportdampfer „verschwindet“.

Und zwar ein sehr großer. Die Agencia Americana meldet aus New York, daß das Konsulat der Vereinigten Staaten in Rio de Janeiro das Verschwinden des Kriegstransportdampfers „Cyclope“ bestätigt. „Cyclope“ ist, wie der „Temps“ bemerkt, ein zur amerikanischen Kriegsmarine gehöriges Kohlentransportschiff mit einer Wasserverdrängung von 19 000 Tonnen.

„Amerika hat viel gelitten.“

Roosevelt als Kriegskritiker.

Der frühere Präsident Roosevelt, der sich jetzt als Wichtigtuer produziert, schreibt in einem Briefe an den „Kansas City Star“, der in der „Atlanta Constitution“ veröffentlicht worden ist:

„Die Vereinigten Staaten befinden sich bereits seit einem Jahre im Kriege mit Deutschland. In dieser Zeit ist es ihnen nicht gelungen, Deutschland irgendwelchen Schaden zuzufügen. Dagegen haben die Vereinigten Staaten selbst während dieser Zeit und überhaupt seit Ausbruch des europäischen Krieges, bedeutenden Schaden erlitten. Geleitet haben

die Amerikaner bisher noch herzlich wenig; aber gelitten haben sie schon sehr viel. Alle diese Leiden hätten sie sich ersparen können, wenn sie nicht das unglückselige Wort „abwarten“ auf ihre Fahnen geschrieben hätten. Der Mangel an Vorbereitung, die Bereitwilligkeit, mit denen die Amerikaner ununterbrochen den plattesten Phrasen zugehört haben, sind der Grund dafür geworden, daß die Vereinigten Staaten heute militärisch völlig unfähig und daß sie wirtschaftlich ganz aus der Ordnung gekommen sind. Es kommen hinzu: Mißtrauen in der Geschäftswelt Unruhe in den Arbeiterkreisen, Kohlenmangel, Verkehrsstörungen aller Art und vor allen Dingen die kaum glaubliche Schließung von Industrieanlagen zu einer Zeit, in der deren Produktion auf das höchste gesteigert werden sollte.

Noch schärfer als Ex-Präsident Roosevelt, urteilt das „Engineering and Mining Journal“ (New York), welches die Kriegsmassnahmen der amerikanischen Regierung als beinahe an Blödsinn grenzend hinstellt. In dem betreffenden Artikel heißt es:

„Die Regierung in Washington zeichnet sich durch Mangel an Einheit und durch ein systematisches Durcheinanderarbeiten aus. Obgleich Wilson und sein Kriegssekretär mit sich selbst und ihren Erfolgen glänzend zufrieden sind, so hält doch die Mehrheit des einsichtigen und einflussreichen Publikums viele Regierungshandlungen für vollständig verfehlt, ja beinahe an Blödsinn grenzend. Es ist kein Geheimnis, daß gewisse Bureaus des Kriegsdepartements sich mit Plänen zu der Herstellung von Explosivstoffen beschäftigen, obgleich es ihnen bekannt ist, daß die dazu notwendigen Chemikalien in genügender Menge nicht erhältlich sind. Ein anderes Departement baut mehr Lastautos, als wir je imstande sein werden, nach Frankreich zu schaffen. Ein bekanntes Regierungs-Departement legt durch eine tiefschneidende Generalverfügung die halbe Industrie still, während ein anderes Departement schmerzhaft auf die Erzeugnisse eben dieser Industrie wartet. Ein Hand-in-Handarbeiten gibt es nicht. Jede Abteilung wurselt für sich allein fort. Dieses sind nur einige Fälle. Weitere Beispiele anzuführen, ist unnötig; man würde nur Schamot dabei werden.“

Man darf bei diesen Auslassungen nicht vergessen, daß es sich hier um politische Gegner, und bei Roosevelt um einen direkten Wahl-Konkurrenten Wilsons handelt. Aber daß sie das auszupreden wagen dürfen, ist ein Beweis für recht laue Stimmung in den Vereinigten Staaten.

Allgemeine Kriegsnachrichten.

100 000 Iren protestieren.

„Daily Chronicle“ meldet aus der irischen Hauptstadt Dublin: An den Versammlungen in Dublin am Sonntag nahmen über 100 000 Iren teil. Viele Bewohner vom Lande waren meilenweit herbeigekommen. Der Versuch eines Demonstrationsumzuges wurde in seinen Anfängen unterdrückt. General French leitete persönlich die militärischen Sicherheitsmaßnahmen in Irland.

Irland ist geschlossen.

Am Dienstag wurde in ganz Irland ein nationaler Gedenktag gegen die Dienstpflicht mit bemerkenswerter Gründlichkeit durchgeführt. Mit Ausnahme der flammesverräterischen Provinz Ulster, wo die Arbeit ihren gewöhnlichen Fortgang nahm, verkehrte kein Zug und gar kein Laden geöffnet. Es gab kein Gas und keine Elektrizität und keine Zeitung. Es war wie ein allgemeiner Feiertag. Überall wurden Versammlungen gegen die Dienstpflicht abgehalten, worin sich weitere Menschenmengen versammelten, der Dienstpflicht Widerstand zu leisten.

In Irland sind jetzt 40 000 Mann englische Truppen konzentriert, womit man die öffentliche Ordnung unter allen Umständen aufrechtzuerhalten hofft; weitere sollen folgen.

Deutsches Gericht in Belgien.

Runmehr werden für Flandern und Wallonien deutsche Gerichte eingesetzt. Man erstrebt damit bei möglichst sparsamer Personalverwendung in Strafsachen eine Beschränkung auf das im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung notwendige. In Zivilsachen Schutz der privatrechtlichen Interessen der Deutschen, der Verbündeten und der Neutralen. Es werden deshalb kaiserliche Bezirksgerichte eingerichtet, die materiell nach den Landesgesetzen, aber unter Anwendung des deutschen Prozeßrechtes in Zivil- und Strafsachen urteilen werden. Wichtig ist, daß von nun an ein in Deutschland vollstreckbarer Titel auch in Flandern und Wallonien vollstreckbar ist und daß in den größten Städten für die Vertretung der Interessen deutscher, Verbündeter und Neutraler beamtete Parteivertreter — „Justizkommissare“ — bestellt werden. Die Einberufungen für die neuen Gerichte werden in nächster Zeit beendet sein.

Kleine Kriegsnachrichten.

„Guatemala, die mittelamerikanische Räuberrepublik, hat uns den Krieg erklärt, bis der preußische Militarismus aufhört, freie Länder zu bedrohen.“

Im Beiratsrat des österreichischen Abgeordnetenhauses erklärte der Landesverteidigungsminister, die Lage fordere durchaus die Aufrechterhaltung der letzten oberen Grenze des Landsturmmatters.

Im Wiener Gemeinderat wird eine Ehrung des Grafen Czernin geplant. Er soll das Ehrenbürgerrecht erhalten.

Nach einer von Sabas weitergegebenen Meldung des „Journal“ haben feindliche Flugzeuge in der Nacht von Sonnabend auf Sonntag auf Calais ein halbes Duzend Bomben abgeworfen, aber nur Sachschaden verursacht.

Nach einer Sabasmeldung soll der Fleischverkauf in Frankreich auf drei Tage in der Woche eingeschränkt werden. Die Entscheidung über diese Vorlage steht unmittelbar bevor.

Wie dem Wiener „Bund“ von unrichtiger ukrainischer Seite mitgeteilt wird, entbehrt eine Meldung, wonach die ukrainische Regierung den Gebrauch der russischen Sprache im Gebiet der Ukraine verboten hätte, jeder Grundlage.

Nach der „Neuen Zürcher Zeitung“ führten in Bärn weitere Bombenfälle, darunter neun Handgranaten, zu Verhaftungen von zehn Italienern. Die Angelegenheit nimmt immer größeren Umfang an.

Deutscher Reichstag.

— Berlin, 24. April 1918.

Der Reichstag gedachte heute zunächst dreier Verdorbenen: des Herzogs von Anhalt, des Fliegerpioniers v. Richthofen und des bulgarischen Generals Rizow. Danach folgte die Fortsetzung der 1. Lesung der

Steuervorlagen.

Abg. Waldstein (Sp.): Wir mißbilligen die eintägige Art der Aufbringung des Bedarfs durch Versteuerung des Verkehrs und Verbrauchs. Jede Verbrauchssteuer belastet den Armen stärker als den mehrverdienenden Reichen. Der Besitz muß endlich nach seiner wirklichen Leistungsfähigkeit im Reiche herangezogen werden. Viele Kriegsverdienter haben das Geld vergeudet, um der Steuer zu entgehen. Die Kriegsgewinnsteuer hätte an das Einkommen anknüpfen müssen. Die Liste der Luxuswaren muß geändert werden.

Abg. Dr. Baasche (natl.): Wir unterstützen die Anregung, eine neue Besitzsteuer den Steuergesetzgebungen anzureihen. Wir wenden uns gegen solche Neuerungen, wie sie im Preussischen Herrenhause über die Kriegsschädigung gefallen sind. Kämpfe, nur um Kriegsschädigung zu erzielen, das wäre das größte Unrecht, das wir tun könnten. (Zust. links.) Es wäre aber dringend wünschenswert, daß wir uns bemühen, wenn wir den Kampf beendet haben, auch eine reichliche Kriegsschädigung zu erhalten. Von einer organischen Finanzreform sind wir noch weit entfernt. Auch die direkten Steuern dürfen dem Reich nicht vorenthalten bleiben. Die Kriegsausgaben werden auch für die Einzelstaaten gemacht, da können diese nicht verlangen, daß das Reich allein die Kosten aufzubringen hat. Dem Steuerfluchtgesetz liegt ein guter Gedanke zugrunde.

Abg. Dietrich (kons.): Eine organische Regelung der Finanzen ist erst möglich, wenn die Bedürfnisfrage gelöst ist. Das Schlagwort: Der Besitz ist nicht genügend besteuert! sollte keine Rolle spielen. Es ist doch vollkommen gleichgültig, in welche Kasse der Besitz zahlt. Es war sehr eindrucksvoll, als gestern der Schatzsekretär ausrechnete, daß neun Milliarden direkte Steuern nur innerhalb Milliarden indirekte Steuern gegenüberstehen.

Abg. Bernheim (U. Soz.): 10 Milliarden, ein ganz bedeutender Teil des Reinertrages der deutschen Wirtschaft, geht in die Finken. Wir lehnen nach wie vor jede indirekte Steuer ab.

Donnerstag: Weiterberatung.

Die Getränkesteuern im Reichstag.

— Berlin, 25. April 1918.

Bei der Fortsetzung der

Steuerverhandlungen

handelte es sich heute um das Gesetz über den Bierzoll, das Weinsteuergesetz, die Mineralwassersteuer, Vollerhebung bei Kaffee, Tee und Schokolade, sowie endlich um das Branntweinmonopol.

Schatzsekretär Graf Koerber:

Die neuen Steuern sollen 1240 Millionen Mark mehr einbringen, als die bisherigen, so daß wir in Zukunft auf diesem Gebiete 1600 Millionen Mark einnehmen werden. Meinen Sie diesen Ertrag aber nicht nur nach der absoluten Höhe, sondern in Beziehung zu dem ganzen Bedarf, vor dem wir voraussichtlich am Ende des Krieges stehen werden. Der bisherige Ertrag der Getränkesteuern stellt etwa ein Viertel der bisherigen Reichssteuern dar. Ich würde mich aufrichtig freuen, wenn in Zukunft die 1600 Millionen den vierten Teil der künftigen Reichssteuern darstellen würden.

Der Schatzsekretär hält dann gegenüber dem Abgeordneten Waldstein seine Rechnung aufrecht, wonach die direkten Steuern für Reich und Bundesstaaten 9½ Milliarden ausmachen würden und die indirekten 4 Milliarden. Der Schatzsekretär erklärt gegenüber Angriffen des sozialdemokratischen Abgeordneten Kell: Ich werde ein Gesetz, mit dessen Tendenz ich nicht einverstanden bin, hier nicht vertreten. Er wendet sich dann den einzelnen Getränkesteuern zu.

Die heutige Maßnahme hat uns einen ersprechend niedrigen Ertrag gebracht. Es ziehen daher an der Zeit, zur Fabrikatsteuer beim Bier überzugehen.

Das Branntweinmonopol, das ja den größten Teil des Ertrages der Getränkesteuern aufbringen soll, hat schon zweimal den Reichstag in anderer Form beschäftigt. Die Regierung ist auf den Gedanken zurückgekommen, weil die Verhältnisse in den letzten Jahren vollkommen verkehrt haben. Die ganze Entwicklung drängte auf das Monopol hin. Was wir vorschlagen, ist eine Verstaatlichung der Spirituszentrale. Die meisten Bestimmungen sind in der Fassung, die im Jahre 1909 im Reichstag erörtert wurde, in die neue Gesetzgebung übernommen. Eine angenehme Entschädigung der durch das Monopol betroffenen Anwohner und Arbeiter ist vorgesehen. Die Chefs der Spirituszentrale haben erklärt, daß sie keine verantwortliche Stellung in der Leitung des Monopols haben wollen und auf eine Entschädigung verzichten.

Die Weinpreise haben während des Krieges eine derartige Steigerung erfahren, daß die Verhältnisse der Weinbauenden Kreise, wie man aus den Steuerentwürfen ersieht, den Kommunen ersehen kann, sich erheblich gebessert haben. Niemand weite Kreise im Weinbau und Weinhandel sind jetzt auch prinzipiell mit dem Gedanken der Heranziehung des Weins zur Besteuerung einverstanden. Wir schlagen Ihnen eine Wertsteuer vor, die wir möglichst weitab vom Produzenten und möglichst nahe an den Verbraucher verlegen wollen. Einzelstaaten, die den Wein versteuern, müssen auf die Besteuerung verzichten und dafür eine Entschädigung erhalten. Durch die Besteuerung der Kellerbestände, die ja nicht unbedingte Freude hervorrufen wird, kommen wir in die Lage, die sehr großen Weinversteigerungen der letzten Jahre jetzt noch nachträglich zur Weindersteuer heranzuziehen. (Zustimmung.) Das ist eine Besitzsteuer in Form einer indirekten Steuer, die vielleicht nicht so ganz unerheblich sein wird. Die Schaumweinsteuer ist auf einen Einheitsatz von 6 Mark erhöht worden. Die bisherige Staffelung hat sich nicht empfohlen.

Auf dem Gebiete der Mineralwässer und der Limonaden mit den vielen schönen neuen Namen hat eine ganz ungeheure Preiserhöhung stattgefunden. Eine Steuer wird sich auf diesem Gebiete sehr in der Übergangszeit einschleichen lassen. Eine solche Steuer wird naturgemäß von den Vertretern der Brauereien als Ausgleich gefordert.

Die Zölle auf Kaffee, Tee und Kakao sind Finanzzölle, die wir in dem bisherigen System auch gehabt haben und an deren Erhöhung am Schlusse des Krieges nicht zu denken

umständen hätten herangehen müssen. Da seien es und praktischer, diese Frage mit dem Komplex der übrigen Getränkesteuern zu erledigen. Damit ist denn auch für die neuen Handelsverträge eine Tatsache geschaffen, über die man nicht hinweggehen kann.

Bei der Prüfung der Sätze bitte ich zu bedenken, daß es wünschenswert ist, jetzt ganze Arbeit zu machen, damit man nicht bei der Gesamtabrechnung noch einmal kommen muß und Nachwerk gemacht hat. (Beifall.)

Abg. Herold (Ztr.): Die neue Biersteuerform ist zweckmäßig; die Staffelung und Berücksichtigung der kleinen muß noch geprüft werden. Die Verschleichenheit im Bierkonsum gleicht die Mineralwassersteuer aus. Die Erhöhung der Schaumweinsteuer wird leicht getragen werden. Der Kaffeeverbrauch wird nach der Gewöhnung an die Ersatzmittel durch den Krieg auch infolge der Vollerhebung stark zurückgehen. Beim Branntwein wird die Besteuerung im Verhältnis zu den Erzeugerkosten ganz außerordentlich. Die Besitzsteuern im Reich werden noch auszugestalten sein.

Abg. Müller-Reichenbach (Soz.): „Flüssiges Brot“ wird man das Bier künftig nicht mehr nennen können, wenn sein Wassergehalt die Grundlage der Besteuerung bilden soll. Im Frieden hätte ein solcher Steuerplan zu Kravallen, in Bayern zur Revolution geführt. Die Vorlagen gehen uns zu weit, sie müssen einen starken sozialen Einschlag bekommen.

Abg. Blund (natl.): Die „gute Mischung“ des Schatzsekretärs zwischen direkten und indirekten Steuern sieht aber doch ganz anders aus, als es sie uns dargestellt hat: denn seine direkten Steuern kommen nur einmal, die indirekten Steuern aber bleiben dauernd. Die Erfahrungen mit den Kriegsgesellschaften haben die Reklung für Monopole erheblich abgekühlt. Mit der Fabrikatsteuer beim Bier sind wir einverstanden, ebenso stimmen wir der Besteuerung der alkoholfreien Getränke grundsätzlich zu.

Abg. Schulenburg (natl.): Die kleinen Weine ist die Steuer zu hoch. Gegen die Steuern auf Frucht- und Beerwein haben wir Bedenken. Der Bierpreis ist so hoch gestiegen, daß er volkswirtschaftlich bedenklich erscheint. Ebenso haben wir Bedenken gegen diese Vorlage bei Mineralwässern, Kaffee, Kakao und Tee.

Abg. Noeide (kons.): Beim Bier ist die Fabrikatsteuer der einzige Weg. Es ist zwar unangenehm, Kaffee, Tee und Kakao zu versteuern, aber es ist zu ertragen. Alkohol brauchen wir auch vom hygienischen Standpunkt aus. In den Weirät für das Monopol müssen auch Vertreter der Brennereien.

Abg. Wurm (U. Soz.): In dieser Steuervorlage liegt die herrschende Klasse den Beherrschten alle Lasten auf.

Morgen Weiterberatung.

Lokales und Provinzielles.

* Geisenheim, 27. April. Die Knappheit an Rohstoffen zur Herstellung von Karton zu Quittungsarten legt die Verpflichtung auf, den Verbrauch der Karten nach Möglichkeit einzuschränken. Die Arbeitgeber werden daher ersucht, zwecks Verlängerung der Gebrauchsdauer der Karten tunlichst Zweiwochenmarken zu verwenden und in Fällen vierteljährlicher Lohnzahlung sich der Vierteljahrsmarke zu bedienen.

* Geisenheim, 27. April. Recht erfreulich ist für die Angehörigen unserer tapferen Kämpfer im Westen und für diese selbst folgende Verfügung der Postbehörde: Nichtamtliche Feldpostbriefe über 50 Gramm (Päckchen) und Privatpakete an Angehörige der Westfront, einschließlich Großes Hauptquartier, sowie an Heeresangehörige im Generalgouvernement Belgien und in Luxemburg sind wieder zugelassen.

* Geisenheim, 27. April. Am 25. April 1918 ist ein kleiner Nachtrag Art. W 1. 1771/1. 18. R. R. A. zu der Bekanntmachung Nr. W 1. 1771/5. 17. R. R. A. vom 1. Juli 1917, betreffend Beschlagnahme und Versteigerung der deutschen Schafschur und des Wollgeschäftes bei den deutschen Gerbereien erschienen. Hiernach bleiben die Veräußerung und Lieferung von Wolle in ihrem bisherigen Umfang gegen Schlupfchein erlaubt. Die Kriegswollbedarfsgesellschaft nimmt jedoch Angebote nur noch entgegen von Schafhaltern in geschlossenen Mengen von mindestens 3000 kg Rohwolle vor Großhandelsfirmen des deutschen Wollhandels — welche als solche von der Kriegs-Wollstoff-Abteilung des Königlich Preussischen Kriegsministeriums bezeichnet und im Reichsanzeiger bekanntgegeben worden sind — in geschlossenen Mengen von mindestens 100000 kg Rohwolle sowie endlich von solchen Personen oder Firmen, welche die Kriegs-Wollstoff-Abteilung als Bezirksaufkäufer zum Ankauf beschlagnahmter Wolle aus dem Besitz von Kleinschlächtern (Schafhaltern von weniger als 30 Schafen bestellt hat. Der Wortlaut der Bekanntmachung ist bei den Bürgermeisterämtern einzusehen.

* Geisenheim, 27. April. Abzeichen für Verwundete und für bereits entlassene Heeresangehörige. Die mit Versorgung entlassenen Heeresangehörigen erhalten das Abzeichen ohne besonderen Antrag, haben also kein Gesuch einzureichen. Entlassene Heeresangehörige, die in diesem Kriege verwundet wurden, aber ohne Rente ausgeschieden sind, werden hierdurch aufgefordert, ein kurzes schriftliches Gesuch um Verleihung des Abzeichens beim zuständigen Bezirksfeldwebel einzureichen. Militärpapiere sind dem Gesuche beizufügen. Ferner sind folgende Angaben nötig: a) Tag, Ort und Art der Verwundung. b) Bei Erkrankung, ob ärztliche Behandlung stattgefunden hat, daß die Gesundheitsbeschädigung bei einem mobilen Truppenteile oder Behörde durch die besonderen Gefahren des Kriegsdienstes hervorgerufen oder verschlimmert ist und lediglich aus diesen, nicht aus Reklamationsgründen die Entlassung aus dem Heere erfolgte. Die Verleihung des Abzeichens wird voraussichtlich erst in einem Vierteljahr erfolgen können.

* S. Marienthal, 26. April. Der Landsturmmann Josef K. wurde mit der hessischen Tapferkeitsmedaille ausgezeichnet.

* Mittelheim, 25. April. 100 Jahre waren es am 20. April, daß der lange Zeit hindurch im Rheingau wohnhafte, bekannte und beliebte Admiral Albrecht von Stosch geboren wurde. Der Admiral von Stosch, der in den Jahren 1872 — 1873 als Chef der Admiralität tätig war, besaß später als er sich im Ruhestand befand, hier ein Wein- und ein zwischen hier und Oestrich stehendes Landhaus.

Er stammte aus Koblenz. Am 29. Februar 1895 starb der Admiral, er fand seine letzte Ruhestätte auf dem hiesigen Friedhof.

× Aus dem Rheingau. 25. April. "Lieb Vaterland, lammst ruhig sein!" Ein Rheingauer Lehrer berichtet: Seit beinahe 4 Jahrzehnten nehme ich in unserem Dorfe nach Oßern die ABC-Schützen in die Schule auf, und zu allen Zeiten war die holde Weiblichkeit in überwiegender Majorität. Da im Kriegsjahr 1918, ist mit einemmal anders, ein Drittel zarte Mädels und zwei Drittel Buben klappern auf Holzschuhen herein in des Schulsaals heilige Hallen. Und was für Buben? Hochgewachsene, stämmig, rotbackig und wahrhaftig nicht ängstlich! Vergebens sucht mein kundiges Lehrerauge an ihnen Spuren der Unterernährung oder körperlichen Rückgang zu entdecken, den ich am eigenen Leibe spüre, dank unserer vorzüglich in Rheingauer Lebensmittelversorgung!

× Aus dem Rheingau. Die Witterung zeigte sich während der letzten Tage nicht günstig, denn der heftige Regenfall beeinträchtigte die Arbeiten in den Weinbergen. Die kühle Witterung hielt den Austrieb der Reben etwas zurück, eine an sich nicht ungünstige Erscheinung, da dadurch die durch Frost zu befürchtende Gefahr verringert wird. Bei dem Regenwetter leidet natürlich die Bearbeitung des Weinberghoben außerordentlich und kommt in Rückstand, zumal bei unseren gebirgigen Lagen der Weinbergspflug nicht so zur Ausnützung kommen kann. Das freihändige Weingeschäft weist Weine auf, die Weinverfeinerungen sind im Gange und beanspruchen vor allen die Nachfrage. In reichändigem Verlauf wurden zuletzt für das Stück 1917er 8500—10000 Mk. bezahlt.

× Das neue Schleichhandelsgesetz und die Fremdenverkehrsbeschränkung hat in den Kreisen der Hoteliers, Badeverwaltungen sowie Gaststätten- und Sanatoriumsbesitzer eine tiefgehende Beunruhigung hervorgerufen, die sich gelegentlich einer Zusammenkunft der Interessenten auf Einladung der Kriegsschutzstelle des Hansa-Bundes in Frankfurt a. M. außerordentlich geltend machte. Aus zahlreichen Großstädten und Badeorten des Wirtschaftsgebietes waren am vergangenen Freitag Vertreter erschienen, um Vorschläge wegen einer Milderung der Bestimmungen zu unterbreiten. Nach einem einleitenden Referat des Geschäftsführers der Kriegsschutzstelle, Generalsekretär R. Baum, wurde einstimmig beschlossen, Anfang Mai eine geschlossene Versammlung der Interessenten des süd- und südwestdeutschen Wirtschaftsgebietes abzuhalten, bei welchem sachkundige Redner über die geplanten Verbesserungsvorschläge eingehend Bericht erstatten werden. Nähere Einzelheiten über die Versammlung selbst werden durch die Tagespresse noch bekanntgegeben.

Aus aller Welt.

× Eiermarkt. Und dann noch umsonst. Ein Wittenberger Händler hatte auf einer 30 Kilometer weiten Fußtour 220 Eier und 1 Pfund Butter zusammengekauft. Die hiesige Polizei war aber so überaus lebenswürdig, ihm die ganze Bente abzunehmen.

× Fingerkloß. Nach Bestätigung des Todesurteils durch das bayerische Justizministerium wurde der Schuhagent Otto Gebhardt aus Birnmasens, der den Kaufmann Voementhal aus Charlottenburg ermordet und beraubt hatte, in zwei Rufen erschossen.

× Blitzstrahl und Straßenbahn. Bei einem Gewitter traf ein Blitzstrahl in Rudabrunner einen dicht besetzten Straßenbahnwagen, wobei auf der hinteren Plattform ein Knabe getötet wurde. — Nach den langjährigen Erfahrungen sind die Straßenbahnen dem Blitzschlag nicht mehr ausgesetzt, als jedes andere Gefährt. Die elektrische Leitung hat wahrscheinlich höhere Spannung als die meisten Blitze.

× Erdbeben im Westen Nordamerikas. Laut Havas fand in Startzona und in Utah ein Erdbeben statt. Die Inseln Hemel und San Jacinto wurden völlig zertrümmert und alle Gebäude zerstört. Das Erdbeben, das 20 Sekunden dauerte, wurde in ganz Kalifornien verspürt und ries große Panik hervor.

× Die Ausrüstung. Ein ausländisches Ehepaar beabsichtigte in Ruzheim einen längeren „Kur“-Aufenthalt zu nehmen, stellte aber einem dortigen Fremdenheim, bei dem es wohnen will, folgende Bedingungen für die Verpflegung: Zum ersten Frühstück Kaffee mit Milch und Zucker, Butter, je zwei Eier, reichlich Brot und noch besonders viel; zum Mittag- und Abendessen täglich zu jeder Mahlzeit mindestens einen Fleischgang. — In gewissen großstädtischen Bevölkerungskreisen hat man offenbar den Ernst der Zeit noch immer nicht begriffen, und die moralische Verpflichtung zur Beachtung der Gesetze auch nicht.

× Nach Havas vernimmt der „Herald“ aus Petersburg, Erzar Nikolaus werde nicht durch die Bolschewiki abgeurteilt werden.

Gerichtssaal.

× Mit einer eigenartigen Urkundenfälschung hatte sich das Kölner Schöffengericht zu befassen. Ein Arbeiter hatte einem Bekannten einen kleinen Geldbetrag geliehen und sich als Sicherheit dessen Protokoll einhängen lassen. Da das Buch in der vorgesehenen Frist nicht durch Rückgabe des Darlehens ausgelöst wurde, benutzte der Geldgeber das Buch inzwischen in seinem Interesse. Er ließ verschiedene Blätter aus, indem er die Drahtseftung aufzog und bestete die so entnommenen Blätter in sein eigenes Buch ein. Die Sache wurde bald bemerkt und der schlaue Geldgeber unter Anklage gestellt. Das Gericht erließ in seiner Handlungswelt das Moment der Urkundenfälschung und verurteilte ihn zu einer Woche Gefängnis.

× Zwei Todesurteile. Das Bochumer Schwurgericht verurteilte den 23 Jahren alten Schuhmachergehilfen Karl Fenske aus Köln-Sülz, der am 1. Febr. in Mente seine frühere Arbeitgeberin, die 66 Jahre alte Schuhmacherswitwe Emilie Wobler in ihrem Schlafzimmer erwürgt und dann das Haus ausgeraubt hatte, wegen Raubmordes zum Tode. — Vom Saarbrücker Kriegssgericht wurde der Gelegenheitsarbeiter Friedrich Wagner aus Dudweiler wegen Ermordung der Frau des Bergmanns Triem zum Tode verurteilt.

× Militärbesetzungsschwindel. Mit einem äußerst geschickt ausgeführten Militärbesetzungsschwindel hatte sich die Strafkammer Oebeln zu befassen. Die

gegen den Wauer Valentin Wyda aus Sieditz verhandelte. Wyda, der bei verschiedenen Unternehmungen für vorläufig untauglich erklärt worden war, weil er nach seinen eigenen Angaben an Geisteskrankheit leiden sollte, hatte sich neuerdings vor dem Bezirkskommando Gleiwitz zu stellen. Um völlig freizukommen, inszenierte er folgenden Plan. Er schickte seinen Better Kalla, der beim Militär diente, zum Ortsvorsteher, und zwar mit einem Zettel, auf dem dem Kalla Urlaub nach Gleiwitz erteilt wurde. Der Ortsvorsteher fragte, weshalb Kalla Urlaub haben wolle, und als er hörte, daß Kalla eine vorübergehende Tante in Gleiwitz besuchen wollte, bewilligte er den Urlaub und versah den Zettel mit Unterschrift und dem Ortsvorsteherstempel. Wyda hatte den Schein vorsorglich so eingerichtet, daß zwischen Text und Unterschrift ein genügender freier Raum blieb. Diesen Raum füllte er nachträglich mit den Worten aus „als Begleiter des geisteskranken Valentin Wyda“. Der durch den Ortsvorsteher-Stempel als geisteskrank ausgewiesene Wyda wurde dann auch tatsächlich vom Bezirkskommando als geisteskrank angesehen und mit samt seinem Begleiter wieder in die Heimatausweisung. Wyda konnte es in der Folge wohl nicht abers Herz bringen, darüber zu schweigen, in wie schlaue Weise er das Bezirkskommando hinter sich geführt habe. Er redete davon und rühmte sich, schon sieben Ärzte mit seiner angeblichen Geisteskrankheit geküßt zu haben. Als die Sache der Behörde zu Ohren kam, wurde Wyda festgenommen und zunächst einmal einer Heilanstalt überwiesen, die feststellen sollte, wie es sich mit dem Geisteszustand des Wyda verhalte. Die ärztlichen Sachverständigen stellten fest, daß Wyda zwar erblich stark belastet und selbst geistig minderwertig sei, aber nicht in dem Maße, daß die Voraussetzungen und Bestimmungen des § 51 St.-G.-B. Platz greifen könnten. Wyda, der bereits eine Gefängnisstrafe wegen Diebstahls erhalten hatte, erhielt eine Zusatzstrafe von sechs Wochen Gefängnis.

Kath. Gottesdienst-Ordnung in Geisenheim
Samstag, d. 27. April von 4 Uhr an ist Gelegenheit zur hl. Beichte.
Sonntag, d. 28. April. 7 Uhr: Frühmesse, 8¹⁵ Uhr: Schulgottesdienst 9¹⁵ Uhr: Hochamt. 2 Uhr: Christenlehre und Andacht. 4 Uhr: Verlobung des verstorbenen Josef Lang.
Mittwoch Abend ist Eröffnung der Weinachten mit Segen.
Wegen des Herz-Jesu-Freitags ist am Donnerstag Nachmittag von 5 Uhr an Gelegenheit zur hl. Beichte.
Nächsten Sonntag ist Generalkommunion des Marienvereins und aller Jungfrauen.

Stiftungen
Montag 6¹⁵ Uhr: hl. Messe für den im Kriege gefallenen Georg Treffer und dessen Bruder Josef.
7¹⁵ Uhr: Exequienamt für Josef Lang.
Dienstag 6¹⁵ Uhr: Jahrsamt für Graf Philipp von Jügelheim.
Mittwoch 6¹⁵ Uhr: hl. Messe für die Eheleute Lothar Schädle und Katharina geborne Müller.
7¹⁵ Uhr: hl. Messe für die Pfarrgemeinde.
Donnerstag 6 Uhr: hl. Messe für die Eheleute Anton Buchner und Maria geborne Müller und deren Kinder Katharina und Anna.
7¹⁵ Uhr: hl. Messe nach der Meinung von Agnes Rausch.
Freitag 6¹⁵ Uhr: hl. Messe für Anna Maria Ochs.
7¹⁵ Uhr: hl. Messe für die Pfarrgemeinde.
Samstag 6¹⁵ Uhr: hl. Messe für den im Kriege gefallenen Jakob Kreger und deren Eltern.
7¹⁵ Uhr: hl. Messe für Varonin von Abele.

Evangel. Gottesdienst-Ordnung in Geisenheim.
Sonntag den 28. April. Vormittag 10 Uhr: Gottesdienst. 11 Uhr: Kindergottesdienst und Christenlehre.

Neueste Nachrichten.

TU Berlin, 26. April. Abends (Amtlich.) Die Gegenangriffe des Feindes gegen den Kemmel und im Kampfgebiet südlich von Villers-Bretonneux sind unter schweren Verlusten gescheitert.

TU Berlin, 26. April. Neue Erfolge unserer Mittelmeer- und U-Boote schädigen den Feind um 5 Dampfer von zusammen etwa 24000 Bruttoregistertonnen. Oberleutnant z. S. Böhm drang mit seinem U-Boot in den durch Sperren gesicherten und durch Zücker bewachten Hafen von Augusta (Sizilien) ein, griff dort den englischen Dampfer Cyclopo 9035 Bruttoregistertonnen an und lief trotz feindlicher Gegenmaßnahmen wieder aus. Cyclopo kenterte und sank.

In der Otrantostraße wurde unter besonders starker Gegenwehr ein größerer Dampfer mit Passagieraufbauten anscheinend ein Truppentransportdampfer versenkt.

Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

TU Berlin, 26. April. Sir Josef Macfay, der Leiter des Schiffahrtsamtes richtete durch Vermittlung des Londoner Vertreters der New York Times folgenden packenden und viel sagenden Aufruf an die Bevölkerung der Vereinigten Staaten. Die Schiffsraumnot ist überwältigend, und nur die Vereinigten Staaten können uns helfen. Unsere Lage wäre nicht hoffnungslos, wenn ihr Land seine Versprechungen hält. Sie müssen bedenken, daß der Raubverlust der Westmächte im Jahre 1917 598 Schiffe betrug. Diese Flotte hätte genügt, um allen Weizen zu importieren, den England braucht, d. h. 70—75% der gesamten englischen Lebensmittelleistungen. Ferner verließen die deutschen U-Boote erheblich doppelt so viel wie die britischen Werften bauten. Zwar wächst die Zahl der amerikanischen Truppen in Europa täglich, aber jeder angelommene Soldat steigert die Schiffsraumnot durch die notwendige Zufuhr von Nahrung, Kleidung und Munition. Die Schiffsraumnot ist besonders jetzt ernst geworden. Unsere Leute sind kriegsmüde, ihre Nerven durch 3¹/₂-jährige Entbehrungen überreizt und unbarmherzig erschöpft. Kein Wunder, daß ihre Arbeit daran leidet, Amerika kann helfen. Unsere Lage ist kritisch, besonders bis zur nächsten Ernte. Mit unseren Hilfsmitteln liegen wir fest, wir können nicht mehr zurück, doch ihr Amerikaner habt Menschen, Talente und Rohmaterial, um die Sache des Verbandes zu erlösen.

TU Berlin, 26. April. In einer Sitzung des kurländischen Landestages gab der deutsche Verwaltungschef die schriftliche Antwort des deutschen Kaisers auf den Beschluß des 6. März bekannt: Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden deutscher Kaiser, König von Preußen usw. beauftragen hiermit unsern Reichskanzler, den Grafen von Hertling, dem kurländischen Landestag zu erklären, daß wir auf den und durch seine Vertretung übermittelten Wunsch und auf den Bericht unseres Reichskanzlers im Namen des Deutschen Reiches das Herzogtum Kurland als freien und

unabhängigen Staat anerkennen und bereit sind, im Namen des Deutschen Reiches, diejenigen Staatsverträge mit Kurland abzuschließen, die eine enge wirtschaftliche und militärische Verbindung beider Länder gewährleisten. Gleichzeitig beauftragen wir unsern Reichskanzler, den Abschluß dieser Verträge vorzubereiten.

TU Berlin, 26. April. Wie der Lokalanzeiger erfährt, wird das russische Staatsministerium heute darüber schlüssig werden, welche Haltung die russische Regierung einnehmen soll, falls das Abgeordnetenhaus das gleiche Wahlrecht endgültig ablehnen sollte. Wie es heißt, soll die Stimmung innerhalb der Regierung für diesen Fall einer Auflösung des Abgeordnetenhauses noch während des Krieges geneigter sein als das bis vor kurzem noch der Fall war.

TU München, 26. April. In der Kammer der Abgeordneten wurde die kurze Anfrage gestellt, was die bayerische Staatsregierung zu tun gedenke um die immer drohender werdende Gefahr eines weitgehenden Eingriffs des Reiches in das Gebiet der direkten Besteuerung abzuwehren. Staatsrat von Merkel erklärte, der Standpunkt der bayerischen Regierung sei, daß der weitere Eingriff der Reichsregierung auf dem Gebiete der direkten Besteuerung von Vermögen oder Einkommen vermieden werden müsse. Die Staatsregierung habe wiederholt und auch neuerdings ebenso wie alle anderen Bundesstaaten der Reichsleitung klar zu erkennen gegeben, daß die Bundesstaaten auf die ihnen zustehenden direkten Steuern (Einkommen-Verkehrs- oder Vermögenssteuer) weder ganz noch teilweise verzichten können.

TU Zürich, 26. April. Von deutschen Hauptkampfront erhält die „Neue Zürcher Zeitung“ folgendes Privattelegramm: Bei meinem mehrwöchentlichen Besuch an der Front von Nancy bis Paschendale überzeugte ich mich persönlich, daß die Truppen ungeachtet aller Anstrengungen und Entbehrungen von einem unerschütterlichen Angriffsgedanken erfüllt sind. Im Gefecht stürmen sie vorwärts wie in den Augusttagen 1914. Verhältnismäßig geringe Verluste und der trotz großer Geländeschwierigkeiten gut geordnete Nachschub an Kriegsmaterial, Munition und Verpflegung tragen dazu bei, das Vertrauen in die Führung stets von neuem zu festigen. An der Front begegnet man immer mehr der Ansicht, daß die bisherigen Unternehmungen der Anfang von großen langfristigen Offensiven seien.

TU Basel, 26. April. Die Artikel und Nachrichten aus Irland, die sich in den neuesten französischen Zeitungen finden, sind von einem auffallend starken Pessimismus erfüllt. Sie bestätigen die Meinung der Daily News, daß die Dinge in Irland angesichts der geschlossenen Organisation des Widerstandes mehr und mehr einer gewaltsamen Lösung zutreiben. Wie weit sich die Lage bereits zuspitzt hat, ist von hier aus nicht zu urteilen. Nach den neuesten Meldungen soll jedoch das unter der Rache glühende Feuer der nationalen Leidenschaft bereits gewaltsam durchgebrochen sein.

Privattelegramm der „Geisenheimer Zeitung“

WTB Großes Hauptquartier, 27. April

Westlicher Kriegsschauplatz.

Westlich von Wyteschaete stießen wir bis an den Südrand von Boordzele vor.

Französische und englische Divisionen versuchten vergeblich uns den Kemmel wieder zu entreißen.

Ihre nachmittags auf der Front von Dickebusch bis Loker, in den Abendstunden in der Gegend von Loker bis westlich von Dranoeter angelegten Angriffe brachen in unserem Feuer verlustreich zusammen. Wo der Feind unsere Linien erreichte, unterlag er im Nahkampf.

Nordwestlich von Merville, auf dem Südrand der Lys und bei Synchyn scheiterten feindliche Vorstöße.

Zwischen Sharpe und Somme Artilleriegefechte.

Südlich von der Somme verbluteten sich die Franzosen im mehrfachen Sturm bei und südlich von Villers Bretonneux.

Nach dem Scheitern starker französischer Angriffe um und nördlich des Waldes von Hangard, sagte der Feind am Nachmittage seine Kräfte (vornehmlich Marokkaner) zum erneuten Vorstoß gegen den Hangardwald und nördlich vom Lugebach zusammen.

Der mehrfach wiederholte, durch heftiges Artilleriefeuer eingeleitete Versuch unsere Linien zu durchstoßen, schlug fehl.

Aus eigenem Entschluß schritten Infanterie-Abteilungen beiderseits des Lugebaches zum Angriff, säuberten mehrere Maschinengewehrnesten und nahmen hierbei Franzosen gefangen.

Auf der übrigen Front nichts von Bedeutung.

Osten. Finnland.

Versuche des Feindes unsere Linien bei Lachti nach Osten zu durchbrechen scheiterten.

Der 1. Generalquartiermeister Lubendorff

Am 25. April 1918 ist eine Nachtragsbekanntmachung Nr. W. I. 1771/1. 18. R. R. A. zu der Bekanntmachung Nr. W. I. 1771/5. 17 R. R. A. vom 1. Juli 1917, betreffend Beschlagnahme und Bestandserhebung der deutschen Schaffschur und des Wollgefälles bei den deutschen Gerbereien erlassen worden.

Der Wortlaut der Bekanntmachung ist durch Anschlag veröffentlicht worden.

Das Gouvernement der Festung Mainz
Stellvert. Generalkommando 18. Armekorps.

Bekanntmachung.

Die am 18. und 22. April d. Js. in den Distrikten Weibersborn und Nöspel des hiesigen Stadtwaldes abgehaltenen Holzversteigerungen sind genehmigt. Termin zur Ueberweisung des Holzes wird Montag, den 29. d. Mts. bestimmt.

Geisenheim, den 25. April 1918.
Der Magistrat: Kremer, Beigeordneter.

Bekanntmachung.

Im Laufe nächster Woche
Gasgelderhebung.
Es wird gebeten, Geld bereit zu halten
Geisenheim, 27. April 1918.
Die Stadtkasse. Wilhelm.

Bekanntmachung.

Von der Kriegsstoffabteilung des Rgl. Preuß. Kriegsministeriums ist darauf hingewiesen worden, daß für das nächste Jahr keinesfalls mit einer Lieferung von Aufservitriol in ähnlichen Mengen wie bisher gerechnet werden könne und ist deshalb der ausgiebige Gebrauch von Perocid für die Zukunft empfohlen worden. Damit die Werke sich jetzt schon auf die Erzeugung von Perocid einrichten können, sind Bestellungen für das nächste Jahr bis längstens zum 25. d. Mts. auf hiesiger Bürgermeisterei zu machen.

Geisenheim, den 26. April 1918.

Der Bürgermeister: i. B. Kremer, Beigeordneter.

Bekanntmachung.

Ueber die Anzeige- und Meldepflicht für die diesjährige Anbau- und Ernteflächen-erhebung.

Es ist die Pflicht eines jeden Grundbesizers und landwirtschaftlichen Betriebesinhabers, dazu beizutragen, daß die diesjährige Anbau- und Ernteflächen-erhebung ein richtiges Ergebnis hat. Grundbesitzer und Betriebesinhaber, die diese Pflicht vernachlässigen, machen sich strafbar und laufen Gefahr, später zu größeren Ablieferungen herangezogen zu werden, als der von ihnen bebauten Fläche entspricht.

Auf Grund der §§ 7, Abs. 1 und 9. der Bundesratsverordnung vom 21. März 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 133) wird daher bestimmt:

1. Jeder, der Land verpachtet oder sonst zur entgeltlichen oder unentgeltlichen Nutzung (als Dienstland, Deputat, Mienteil oder auf sonstige Weise) abgegeben hat ist verpflichtet, binnen 14 Tagen dem Vorstand der Gemeinde oder des Gutsbezirks in welcher das Grundstück liegt, schriftlich oder zu Protokoll anzugeben:

a) die Namen seiner Pächter (Nutzungserwerber usw.)
b) die Größe der einem jedem derselben verpachteten oder sonst ausgegebenen Fläche.

Wer eine zusammenhängende Fläche in kleineren Stücken (etwa 5 Ar und darunter) an verschiedene Personen zur gartenmäßigen Nutzung für ihren eigenen Hausbedarf abgegeben hat (Schreibergärten, Laubentkolonien oder ähnliches), braucht die Namen der einzelnen Pächter, Nutzungserwerber usw. nicht anzugeben. Es genügt in diesem Falle die Angabe der Größe des so ausgegebenen Landes und der Zahl der Pächter (Nutzungserwerber). Ueber die Zulässigkeit der summarischen Angabe entscheidet im Zweifel der Gemeinde-(Guts-)Vorstand.

2. Jeder Inhaber eines landwirtschaftlichen Betriebs hat in der Zeit vom 6. Mai bis 1. Juni dem Gemeinde-(Guts-)Vorstand oder einer von ihm beauftragten Person mündlich alle Angaben über die Nutzung seines Landes insbesondere über den Anbau von Feldfrüchten zu machen, die der Gemeinde-(Guts-)Vorstand zur Ausfüllung der Ortsliste bedarf. Er ist verpflichtet, hierzu einer Vorladung des Gemeinde-(Guts-)Vorstandes zum persönlichen Erscheinen zu folgen. Betriebesinhaber, die Grundstücke außerhalb der Gemeinde ihres Betriebsbezuges bewirtschaften, haben die Angaben — und zwar für jede einzelne Gemeinde, in der solche Grundstücke liegen, besonders, — bei dem Gemeinde-(Guts-)Vorstand ihres Wohnortes zu Protokoll zu erklären.

3. Alle Grundstückseigentümer, Bewirtschafter und ihre Stellvertreter sind nach § 7 Abs. 2 der Bundesratsverordnung verpflichtet, dem Gemeinde-(Guts-)Vorstande oder anderen, mit der Erhebung beauftragten Personen zu gestatten, daß sie zur Ermittlung richtiger Angaben über die Erntefläche ihre Grundstücke betreten und Messungen vornehmen. Auch haben sie diesen Personen auf Verlangen Einsicht in ihre Geschäftsbücher zu gewähren.

4. Wer vorsätzlich die Angaben, zu denen er auf Grund der Bundesratsverordnung und dieser Bekanntmachung verpflichtet ist, nicht oder wesentlich unrichtig oder unvollständig macht, oder sich den oben unter Ziffer 3 erwähnten Anordnungen widersetzt, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft. Wer fahrlässig die obigen Angaben nicht oder unrichtig oder unvollständig macht, wird mit Geldstrafe bis zu 3000 Mark bestraft.

Der Staatskommissar für Volksernährung.
von Waldom.

Wird hiermit veröffentlicht.

Der Bürgermeister i. B. Kremer, Beigeordneter.



Am Donnerstag Abend 8 Uhr entschlief nach längerem schweren, mit Geduld ertragenem Leiden und nach Empfang der hl. Sterbesakramente mein lieber treusorgender Gatte, unser guter Vater, Großvater, Schwiegervater, Bruder, Schwager und Onkel

Herr Josef Lauzi

Schuhmachermeister

im Alter von 63 Jahren. Dies zeigt hiermit im Namen der tieftrauernden Familie an

Frau Maria Lauzi Ww.

Geisenheim, den 27. April 1918.

Die Beerdigung findet statt am Sonntag den 28. April, nachmittags 4 Uhr und das Totenamt Montag Morgen 7 1/2 Uhr.

Hygiene Ausstellung Mutter und Säugling

der Volksborngesellschaft E. V. für med. hyg. Aufklärung, Dresden u. d. Ortsgruppe Wiesbaden des Rhein. Mainischen ereins für Bevölkerungspolitik.

Wiesbaden,

Turnhalle Lyzeum II, Boseplatz

Geöffnet: 10—1 und 3—8 Eintrittspreis 50

Sonn- u. Festtags 11—6 Dauerkarten 3 Mk.

Vereine Ermässigung.

Frauentage: Dienstags, Donnerstag und Sonnabend 10—1 Uhr, Eintritt M. 1.—

F. J. Petry's Zahn-Praxis

Gegründet 1898 Bingen a. Rh., Neubau Mainzerstr. 5 1/2

Neu! Petry's Patent-Gebisssthalter. Deutsche Reichspat. t. Oberersatzstücke mit diesem Sanger gefertigt, halten unbedingt fest. Die Petry Patent-Pesthalter können auch in jedes alte Gebiss Oberersatzplatte angebracht werden. Preise billiger! Spezial: Goldkronen aller Systeme. Unsichtbare Porzellan-Flomben. Schmerzloses Zahnziehen in Narkose. Füllen der Zähne und Reinigen nach den neuesten Erfahrungen der Wissenschaft.

Holzversteigerung

Donnerstag, den 2. Mai vormittags 9 1/2 Uhr kommt in den Distrikten Hohewald und Schmalbach folgendes Gehölz zur Versteigerung.

22 Nm. Buchen-Scheitholz
184 " " Knüppelholz
97 " " Reisfurnüppel
3 " Eichen-Knüppelholz
14 " Nadelholz, 1. & m. lg.
Hieran anschließend im Distrikt Melchersloch.
236 " Buchen-Scheitholz
89 " " Knüppelholz
110 " " Reisfurnüppel
50 " Eichen-Scheitholz
7 " " Knüppelholz
11 " " Reisfurnüppel

1000 Wellen an liegenden Reisfurn
Geisenheim, den 25. April 1918.
Der Magistrat. Kremer, Beigeordneter.

Besten Erfolg

haben Inserate jederzeit in der
Geisenheimer Zeitung (17. Jahrg.)
Exp.: Winkeler Landstrass 53b
Fernsprech-Anschluss N° 123

Friedr. Exner, Wiesbaden

Fernsprecher 1924 16 Neugasse 16 Fernsprecher 1924

empfiehlt in reicher Auswahl

Unterhosen, Unterjacken, Hemden, Socken,
Strümpfe, Strickwolle,

Westen, Leibbinden, Kniewärmer, Handschuhe,
Halsbinden, Hosenträger, Taschentücher.

Orden, Ordensbänder, Ordensdekorationen,
herren-, Damen- und Kinder-Wäsche,
Kragen, Manschetten, Kravatten.

Braves tüchtiges
Mädchen
zum möglichst sofortigen
Eintritt gesucht.
Frau Jos. Bollmer
Landstraße 18.

Einige
Frauen
oder
Mädchen
zum Etikettieren, Flaschenpülen usw. gesucht
Müller & Dittmann.

Arbeiter
und Arbeiterinnen
nimmt ständig an
Chemische Fabrik,
Winkel.

Dauernd
Mädchen
u. dauernd junge
Burschen
zur Bedienung von
Maschinen gesucht.
Maschinenfabrik
Johannisberg, Geisenh.

Bohnenstangen!
eingetroffen, 3—5 m lang,
das Hundert zu M. 40.—
ab Lager hier. So lange
Vorrat reicht.
G. Dillmann.

Kräftige
Erbseureifer
gibt ab
Bartsch, Baumschulen.

Hühner
zum Schlachten
zu verkaufen.
Schmittstraße 1.

Täglich frischen
Spargel
bei
Dillmann, Marktstraße.

Gemüse
als Spinat, Rosenkohl,
Krausekohl, Schwarzwurz,
Merettig, Gelberüben, Lattich- und Feldsalat, Sellerie-Lauch u. Erdhohlrad.
Aepfel.
Tafelapfel, Ohnfengratt,
Ohnfengratt, Ohnfengratt,
Gregor Dillmann
Marktstraße.

**Ausgekämmte
Frauenhäre**
für Kriegszwecke
kauft an
Friseur Paul Pflüg.
Amtliche Einkaufsstelle.

Weinflaschen
laufen fortwährend
Müller & Dittmann.

Prima Flaschenbier
in und außer dem Hause
Hotel zur Linde.

**Geflügel-, Kaninchen-,
Vogelzucht- u. Schutz-
verein Mittelrheingau**
Geisenheim

Sonntag, den 28. d. Mts.
Monats, nachmittags 4 Uhr
findet im Vereinslokal unsere
Monatsversammlung
statt, wozu alle Brieftauben-
züchter gebeten werden, voll-
ständig zu erscheinen. Zu
gleicher Zeit wird ein franz.
Widder-Kammeler versteigert.
Es ladet freundlichst ein
der Vorstand.

**Katholischer Jünglings-
Berein Geisenheim**

Sonntag Mittag von 5
bis 7 Uhr
Generalversammlung
Um vollzähliges Erschei-
nen bittet dringend
der Präses.

Samen

für Geld und Garten
empfiehlt in prima Qual.
alle Sorten, insbesondere
die für die hiesige Ge-
gend erprobten Ge-
müse- u. Blumen-samen
Bohnen und Erbsen
gebe nur zu den ge-
richtlichen Bestimmungen aus
und bitte um gefl. Auf-
träge die ich rechtlich aus-
führen werde.

David Hemes,

Gärtner u. Samenhandlung

Wegen Aufgabe meines
Hausstandes verkaufe ich
sehr gut erhaltene
Möbel

vollständige Betten,
große Tische, Kisten,
Sessel sowie sonstige
Sachen aller Art.
J. B. D'Isorensi
Markt 10.

Pfähle

Weinbergs Stichel 1,50.
1,75 und 2 Meter lang.
Große Auswahl in
kannisierte und imprägnierter
Baumstämme; dicke imprägnier-
te u. kannisierte Pfähle
Gregor Dillmann

Pianos eigener Arbeit
mit Garantie.

Rob. Studier-Piano
1,22 m b. 450 Mk.
2 Kacilia-Piano
1,25 m b. 500 Mk.
3 Rhenanla A
1,28 m b. 570 Mk.
4 Rhenanla E
1,28 m b. 600 Mk.
5 Rhentanla A
1,30 m b. 650 Mk.
6 Rhentanla B
1,30 m b. 680 Mk.
7 Salon A
1,32 m b. 720 Mk.
8 Salon B
1,32 m b. 750 Mk.
u. f. w. auf Raten ohne Auf-
schlag per Monat 15—20 Mk.
Kasse 5% — Gegründet 1834
Wilh. Müller
Kgl. Span.-Hof-Piano-Fabrik
Mainz.

Wir suchen
verhältnißlose Häuser
an beliebigen Plätzen mit
und ohne Geschäft bebaut
Unterbreitung an vorgemerkt-
te Käufer. Besuch durch uns
kostenlos. Nur Angebote von
Selbstgeigenthümern erwünscht
an den Verlag
Bermiet u. Be. haufzentrale
Frankfurt a. M. Hanfahaus

**Prima Schöfferhol
Flaschenbier**
Joh. Bach, (zur Krone)